

Türkei | 30.03.2017 | Lesezeit 2 Min.

Investoren sagen „güle güle“

Die Republik am Bosphorus ist in vielerlei Hinsicht ein gespaltenes Land. Die Konfliktlinien verlaufen nicht nur zwischen Türken und Kurden oder zwischen Stadt und Land, sondern neuerdings auch zwischen „Ja“ und „Nein“ zur geplanten Verfassungsänderung. Diese Spaltung verunsichert ausländische Geldgeber zunehmend – mit der Folge, dass immer mehr Kapital aus der Türkei abfließt.

Am 16. April stimmen die Türken über die Einführung eines Präsidialsystems ab. Während die islamisch-konservative Regierungspartei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan um Zustimmung zu der Verfassungsänderung wirbt, befürchtet die Opposition die faktische Aufhebung der Gewaltenteilung.

Der Ausgang des Referendums hat aber nicht nur erhebliche Konsequenzen für die politische Ordnung, auch die wirtschaftliche Erfolgsstory der vergangenen Jahre steht auf dem Spiel:

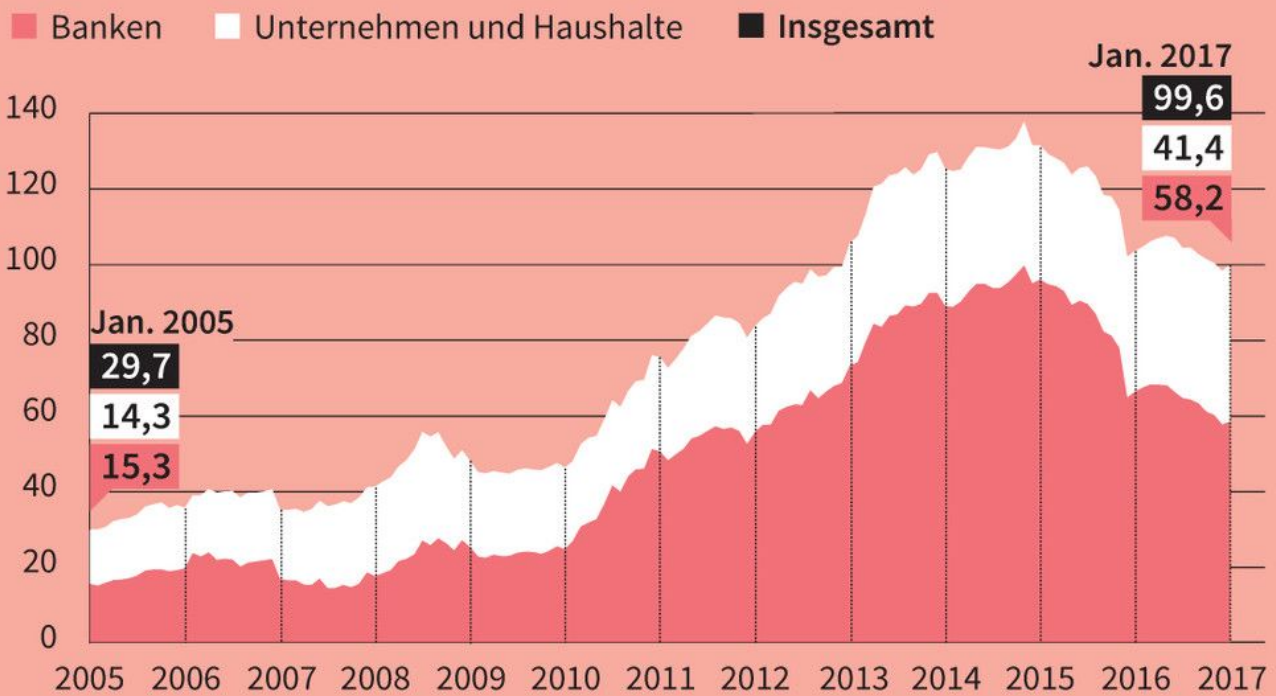
Von 2002 bis 2015 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt der Türkei im Jahresdurchschnitt um fast 5 Prozent.

Weil ausländische Investoren zunehmend Vertrauen in den Aufstieg der türkischen Volkswirtschaft fassten, waren sie in immer höherem Maße bereit, Kredite dorthin zu vergeben. Dies ermöglichte türkischen Banken und Unternehmen, sich verstärkt kurzfristig im Ausland zu refinanzieren (Grafik):

Von Anfang 2010 bis Ende 2014 verdreifachte sich der Bestand der türkischen Schulden im Ausland auf fast 140 Milliarden Dollar.

Türkei: Weniger Kapital aus dem Ausland

Kurzfristige Verschuldung türkischer Banken, Unternehmen und Haushalte gegenüber ausländischen Kreditgebern in Milliarden Dollar



Quelle: Zentralbank der Republik Türkei
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die Auslandsverbindlichkeiten der türkischen Banken waren im November 2014 sogar gut viermal so hoch wie im Januar 2010.

Seit Anfang 2015 haben ausländische Kapitalgeber Milliardenbeträge aus der Türkei abgezogen.

Seit 2015 haben jedoch der neu entfachte Kurdenkonflikt, der eskalierte Bürgerkrieg in Syrien, Terroranschläge und der Militärputsch vom Juli 2016 auch ausländische Kapitalgeber in hohem Maße verunsichert – zahlreiche Investoren ziehen ihr Geld aus türkischen Banken ab. Die Folge:

Seit Anfang 2015 ist die kurzfristige Auslandsverschuldung türkischer Banken, Firmen und Haushalte auf weniger als 100 Milliarden Dollar gesunken.

Dieser Rückgang in Höhe von etwa 40 Milliarden Dollar ist kein Pappenstiel – er entspricht dem Achtfachen aller Heranführungshilfen, die die EU von 2007 bis 2013 für einen eventuellen EU-Beitritt an die Türkei gezahlt hat.

Sollte das Verfassungsreferendum so ausgehen, wie Erdogan es sich wünscht, wäre die politische und wirtschaftliche Zukunft der Türkei wohl ungewisser denn je – für ausländische Investoren würde das Land dann noch unattraktiver.

Kernaussagen in Kürze:

- Der langjährige wirtschaftliche Aufschwung am Bosphorus ermöglichte es türkischen Banken und Unternehmen, sich verstärkt im Ausland zu refinanzieren.
- Seit 2015 haben die zahlreichen Konfliktherde in der Türkei jedoch viele ausländische Investoren veranlasst, ihr Kapital aus der türkischen Wirtschaft abzuziehen.
- Sollte das anstehende Verfassungsreferendum im Sinne Erdogans ausgehen, dürfte die Türkei für ausländische Kapitalgeber noch unattraktiver werden.